

Die fossilen Unternehmen kassieren ab. Folgen spielen keine Rolle.

MARTIN STRICKER

BRÜSSEL. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen steuern die großen Öl- und Gaskonzerne die Welt in die Klimakatastrophe. Allein die Expansionspläne der zwölf größten Unternehmen für die nächsten rund sieben Jahre würden einen Treibhausgasausstoß verursachen, der in etwa gleich groß ist wie der Chinas während eines ganzen Jahrzehnts. All die geplanten fossilen Projekte zusammen würden das 18-Fache der derzeitigen globalen Jahresemissionen freisetzen.

Das ergab eine mehrmonatige Recherche der britischen Zeitung „Guardian“. Das Team arbeitete mit Thinktanks, NGOs, Analysten und Wissenschaftlern und sammelte Daten unter anderem von Rystad Energy, einem der führenden Analysten der Branche. Die Arbeit gestaltete sich schwierig. Viele Daten sind nicht ohne Weiteres zugänglich.

Insgesamt wurden 195 Karbonbomben ausfindig gemacht. Das sind Projekte, die während ihrer Laufzeit jeweils mindestens eine Milliarde Tonnen CO₂ in die Luft blasen. Wenn die Politik die Pläne nicht stoppt, werden sämtliche Klimaziele verfehlt. Die Erderwärmung würde weit über die international festgelegte Grenze von plus 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter steigen. Enorme Hitzewellen, Dürren und Überflutungen wären die Folge. Rund 60 Prozent der Karbonbomben haben bereits begonnen, Gas oder Öl zu fördern.

Laut Stand der Klimawissenschaft müssten 60 Prozent aller Öl- und Gasvorkommen sowie 90 Prozent aller Kohlevorkommen im Boden bleiben, um die Erde zu erhalten, wie sie ist.

Ein Drittel der Förderpläne der Konzerne betrifft sogenannte unkonventionelle Quellen. Es sind ökologisch riskantere Unter-



Konzerne zünden Karbonbomben

mungen wie Fracking und Tiefseeförderungen auch in der Arktis. Die größte Karbonbombe aber soll mit einem konventionellen Förderprojekt geizt werden: Es ist das „North Field“-Gasprojekt in Katar.

Unter den Ländern liegen die USA an der Spitze. 22 Karbonbomben von der Tiefsee im Golf von Mexiko bis zu noch mehr Fracking in Colorado werden angeführt. Zweitgrößter Emittent wäre bei Durchführung aller Pläne Saudi-Arabien, gefolgt von Russland, Katar, dem Irak, Kanada, China und Brasilien. Und die saudi-arabische Aramco. Ob Gazprom angesichts der Sanktionen allerdings in der Lage sein wird, seine gigantischen Expansionspläne umzusetzen, gilt als fraglich. Unter den Top 10 sind die üblichen westlichen Verdächtigen: ExxonMobil, Total, Chevron, Shell und BP.

Gleichzeitig werden sowohl Produzenten als auch Verbraucher von Öl und Gas massiv subventioniert, sei es durch Steuererleichterungen oder Benzinpreisstützungen, vor allem aber dadurch, dass die Klima-

und Umweltkosten nicht in die Preise einfließen. Alles zusammen kommt laut Internationalem Währungsfonds auf die unvorstellbare Gesamtördersumme von 6000 Milliarden Dollar jährlich.

Die explodierenden Preise tun das Ihre, um aus den fossilen Energiemüts wieder „Geldmaschinen“ zu machen, wie es bei BP kürzlich

hieß. Auf Anfrage des „Guardian“ verwies die westlichen Konzerne auf ihre Klimaziele und Investitionen in erneuerbare Energien, die jedoch deutlich niedriger sind als die Profite. Die anderen Unternehmen gaben keinen Kommentar.

Im April fand UN-Generalsekretär António Guterres unüblich klare Worte für Regierungen und Unter-

nehmen: „Einfach gesagt: Sie lügen und die Ergebnisse werden katastrophal sein. Investitionen in neue fossile Infrastrukturen sind moralisch und wirtschaftlich verrückt.“

Wirtschaftlich verrückt ist aber nur, wenn eintritt, worauf Guterres hofft: dass die Politik die Konzerne bremst – und deren Milliardeninvestitionen verloren sind.

Profit schlägt Hirn

Radikal sind nicht die jungen Klimaschutzler.

STANDPUNKT
Martin Stricker



Die Verlockung gigantischer Gewinne ist zu viel. Die Vorstände, Aufsichtsräte und Aktionäre der weltgrößten Öl- und Gaskonzerne wollen abbassieren, während sie die Welt in Brand setzen. Ihre Pläne strotzen vor Dummheit und sind ohne jede Moral, versprechen aber märchenhafte Reichtümer. Die Herren – Frauen sind in dieser Branche nur wenige zu finden – wetten darauf, dass die Staaten ihre Verpflichtungen zum Klimaschutz nicht einhalten werden, und tun alles, dass sie es auch nicht können. Ihre auf Jahre hinaus geplanten Investitionen ziehen

Geld von der Finanzierung der Energiewende ab. Ihr Öl und ihr Gas wirken wie Stoff für Süchtlinge, die verzeiwelt eine Entziehung versuchen.

Gerechtfertigt wird dieses Vorgehen durch den vorgeblichen Markt, der weit davon entfernt ist, frei zu sein. Es besteht keine Chancengleichheit, kein fairer Wettbewerb, zwischen sauberer und dreckeriger Energie. Riesige Subventionen und fehlende Kostenwahrheit verzerrten das Bild ins Unkennliche.

Den jungen Klimaschutzern wird gerne vorgeworfen, sie seien radikal. Das ist falsch. Radikal sind die Konzernbosse und ihre politischen Patrone. Sie stehlen die Zukunft – für Geld.

MARTIN.STRICKER@SN.AT

„Länder wie Saudi-Arabien sind die großen Gewinner“

Der Ukraine-Krieg steigert die Einnahmen der Ölstaaten – und Sympathien für Russland in Nahost, sagt eine Expertin.

STEPHANIE PACK-HOMOLKA

Die ägyptische Politologin Rabab El Mahdi war diese Woche auf Einladung des Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) in Wien. Mit den SN sprach sie über Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf den Nahen Osten.

SN: Wie trifft der Krieg in der Ukraine Länder in Ihrer Region?

Rabab El Mahdi: Wir müssen unterscheiden: Es gibt öliche und ölarmer Länder; es gibt Länder, die enger mit den USA verbunden sind als mit Russland. Die Auswirkung auf ein Land, das sich wie der Jemen in einer humanitären Krise befindet, ist zerstörerisch. Die Krise in der Ukraine bedeutet, dass mehr Menschen sterben – in jeder Minute. Das andere Extrem ist ein Land wie Saudi-Arabien, das derzeit finanziell

und politisch profitiert. In der Mitte sind Länder wie Ägypten, das verschiedene Dinge ausbalancieren muss. Die Freundschaft mit Putin und dem russischen Regime auf der einen Seite, die globale Ernährungskrise auf der anderen.

SN: Wie kann Ägypten reagieren?

Die Lebensmittelkrise treibt Länder wie Ägypten dazu, mehr Kredite aufzunehmen und ihre ökonomischen Strukturen zu überdenken. Aber es handelt sich um eine globale Krise. Das heißt, es geht nicht nur um die Finanzierung, es geht auch um die Beschaffung. Das ist etwas, womit die ganze Welt hadert. Die Optionen sind sehr eingeschränkt.

SN: Hat das politische Folgen?

Ein atomatischer Zusammenhang zwischen Preissteigerungen und Protesten ist nur oberflächlich be-

trachtet da. Das ist immer die letzte Stufe einer langen Entwicklung. Werden wir in Ägypten demnächst Proteste auf der Straße sehen? Ich denke nicht. Mittel- und langfristig ist die ökonomische Basis des Regimes aber erschüttert.

SN: Wie stark profitieren die Länder mit Ölorkommen?

Sie profitieren in verschiedener Weise. Sie bekommen mehr Druckmittel gegenüber den Amerikanern. Sie gewinnen politisch und finanziell, weil sie ein großer Spieler auf dem Energiemarkt sind. Das Nettoergebnis ist, dass sie Gewinner sind. Sie werden das nutzen, um ihr globales Profil zu schärfen und ihre regionale Macht auszubauen.

SN: Mit den globalen Klimazielen, dem Green Deal der EU sah es für diese Länder wirtschaftlich

wenig rosig aus. Ist der Ukraine-Krieg da ein Wendepunkt?

Das ist er sicher, aber nicht für immer. Ich denke, die Weltwirtschaft bewegt sich hin zu einem anderen Modell. Noch ist sie aber nicht weg von fossiler Energie. Der Ukraine-Krieg ist eine weitere Erinnerung, dass es zu beschleunigen und einen neuen Energiemix zu finden.

SN: Nutzen Länder wie Saudi-Arabien die Gewinne, um sich breiter aufzustellen?

Die Emirate wie die Saudis haben hart daran gearbeitet, ihre Wirtschaftsstruktur zu ändern, damit sie nicht vom Öl abhängig bleiben. Das werden sie fortführen. Sie werden viel stärker aus dieser Krise kommen.

SN: Verändert der Krieg die Sympathie Russlands?

Es gibt mehr Sympathie für Russland. Es wird so gesehen, dass die USA und westliche Mächte sich auszusuchen, was sie als eine humanitäre Krise betrachten. Ihr habt nicht an die Jemeniten gedacht, die seit Jahren sterben, ihr habt nicht an die Palästinsener gedacht, die durch militärische Aktionen in Israel getötet wurden; aber wenn es um ein Land geht, das ihr in der NATO wollt, das überwegend weiß ist, wird es eine humanitäre Krise, über die jeder redet. Das macht die Menschen wütend und sie fühlen sich ungerecht behandelt. Und das mündet in Sympathie für Russland.



Rabab El Mahdi ist Professorin für Politikwissenschaft an der American University in Kairo.